

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

7.2.1923 (No. 32)

Expedition: Karlsruher Str. 14
Fernsprecher: Nr. 963 und 964
Postfach Nr. 3615.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. M e n d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert für Februar 1923 A. — Einzelnummer 30 A. — Anzeigengebühr: 70 A für 1 mm Höhe und ein Viertel Zeile. Preise und Welter frei. Bei Werbungen tarifreter Natur, der als Kassenabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besprochen. Bei Klageerhebung, präventiver Zensur und Kontroversen fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Der deutsche Widerstand und das Ausland.

Soweit man das bis jetzt übersehen kann, hat der ebenso wohlüberlegte, wie nachhaltige Widerstand, den Deutschland dem französischen Rechtsbruch entgegensetzt, im ganzen Ausland Hochachtung und verständnisvolle Anerkennung gefunden. Was uns bisher nie gelungen ist, das haben wir jetzt bis zu einem gewissen Grade errungen, nämlich die Sympathien des Auslands. Auf der andern Seite hat sich Frankreich einen großen Teil seiner Sympathien verschertzt.

Frankreich hatte dieses Wohlwollen errungen auf Grund der im Kriege strupellos betriebenen Propaganda, einer Propaganda, die sich bekanntlich aufbaute auf der Behauptung, Deutschland sei das Land der militaristischen Unkultur und der habgierigen Eroberungssucht, Frankreich aber verteidige an der Spitze der Entente die bedrohte Zivilisation und die bedrohte Freiheit gegen diese Barbaren, gegen diese „Goten“ und „Hunnen“. Die Schuldfrage ist dank dieser Propaganda bis dato in einem für uns abträglichen Sinne beantwortet worden. Aller Wahrheit und allen Tatsachen zuwider!

Jetzt vollzieht sich der große Umschwung. Die Welt sieht zum mindesten das eine ein, daß nämlich, wenn jene Schilderung der deutschen Politik richtig gewesen sein sollte, dann Frankreich jedenfalls nichts eiligeres getan hat, als diese — angeblich — brutale Politik barbarischer Willkür noch bei weitem zu übertrumpfen. In vielen Gehirnen dämmert aber bereits die Einsicht, daß die ganze Propaganda der Entente während dieses Krieges auf einer schmachtvollen Lüge beruhte. Ein solcher Umschwung kann uns wahrlich nicht gleichgültig sein. Er bereitet jene Stimmungen vor, auf deren Grundlage allein später wirklich erfrischliche Verhandlungen über den wahren Frieden der Welt stattfinden können. Vorausgesetzt natürlich, daß nicht ein neuer, und diesmal noch schrecklicherer Weltkrieg die Aussichten auf einen derartigen Frieden noch weiter hinauschiebt.

Wenn sich uns langsam die Sympathien im Ausland zuwenden, so liegt das u. a. sehr wesentlich daran, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk — von geringfügigen und nicht weiter beachteten Ausnahmen abgesehen — bisher alles getan haben, um den Abwehrkampf in den Grenzen der Besonnenheit zu führen. Wenn heute Frankreich wieder mit der Behauptung freiben geben wollte, daß wir ein zu gewalttätiges und militärischem Übermut neigendes Volk seien, daß man uns eine ruhige und anständige Kampfweise gar nicht zutrauen dürfe, so würde es von der ganzen Welt ausgelacht werden. Und manch ein einsichtiger Politiker des Auslandes würde Frankreich sagen, daß, selbst wenn hier und da im deutschen Volk unter den heutigen Umständen Verzweiflungsakte festgestellt werden müßten, diese schließlich zu begreifen seien. Allerdings gibt es zurzeit noch wenige Politiker, die so einsichtsvoll sind. Und schon allein deshalb ist es nachwievor dringend geboten, den Abwehrkampf in Anlehnung an die Anordnungen der Reichsregierung ruhig und besonnen zu führen, ohne schädliche Extratouren und Sonderaktionen.

Die neue Vergewaltigung Deutschlands, die in der rechtswidrigen Besetzung badischen Gebiets besteht, hat gleichfalls im Sinne des von uns eben geschilderten Umschwungs der Stimmung gewirkt. Nicht nur in Berliner Wäldern, sondern auch in einzelnen Zeitungen des Auslandes wird darauf hingewiesen, daß diese Besetzung mit der Reparationsfrage ja überhaupt nichts zu tun habe und lediglich auf militärische oder rein machtpolitische Absichten zurückzuführen sei. Daß aber auch hier in Baden den Franzosen gegenüber der gleiche ebenso feste wie würdige Widerstand von Seiten der Beamtenschaft und Arbeiterschaft geleistet wird, wird vor der ganzen Welt den Beweis erbringen, daß sich das ganze deutsche Volk im Norden und im Süden völlig eins ist in dem Willen, der Vergewaltigung und der Rechtsbeugung jedes nur irgend angängige Machtmittel entgegenzusetzen.

Auch in dem neu besetzten badischen Gebiet beginnen die Franzosen bereits mit den beliebten Methoden der Behaftung und Ausweisung pflichttreuer deut-

scher Beamter. Auch damit werden sie nicht zu m Ziele kommen. Sie werden im Gegenteil mit diesen Brutalitäten nur neue Märtyrer der deutschen Sache schaffen und das deutsche Volk noch inniger zusammenschließen.

Daß bei alle dem die Möglichkeit von Verhandlungen gewahrt bleiben muß, ist selbstverständlich. Und deshalb müssen wir die Forderung gewisser deutschnationaler Blätter, nimmeh die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich überhaupt abzubrechen, einstweilen als unangebracht bezeichnen. Der Standpunkt des Kabinetts Cuno in der Verhandlungsfrage ist übrigens ganz klar: man will verhandeln, sowie Frankreich die Pistole von unserer Brust wegnimmt, d. h. sowie Frankreich das widerrechtlich besetzte Ruhrrevier wieder verlassen hat.

Die Schuld am Weltkrieg.

Gewichtige amerikanische Stimmen für Deutschlands Schuldlosigkeit am Ausbruch des Weltkrieges und für die Unannehmlichkeit der Reparationsforderungen.

* Aus Newyork, 12. Januar, wird uns geschrieben:

Dr. Sticourt hat unter dem Titel „The Financial Peril of France“ in der Zeitschrift „Newyork Times Annalist“ einen Aufsatz über die französischen Staatsfinanzen veröffentlicht. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß Frankreich einer finanziellen Katastrophe entgegenginge, wenn es nicht unverzüglich seine Steuerpolitik und seine Haltung gegenüber Deutschland ändert. Die Grundgedanken der Arbeit sind in folgenden Worten ihres politischen Inhaltes besonders bemerkenswerten Leisungen zusammengefaßt.

„Nachdem das Widerwärtige der Hoffnung, die Anleihen (Frankreichs) aus dem Deutschland eingehenden Kriegsschuldungen zu tilgen, von Tag zu Tag klarer wird, beginnen sich die folgenden Worte eines englischen Nationalabgeordneten zu bewahrheiten: „Der Frieden erweist sich als der größte in der Geschichte je vorgekommene Schwindel.“ Der Vertrag hat Frankreich in ein nicht zu rechtfertigendes Sicherheitsgefühl gewiegt. Dadurch, daß Frankreich in dieser Stimmung verharrt, fördert es die ausländischen Kapitalisten davon ab, ihm den nötigsten finanziellen Beistand zu leisten. Der Anfinn begann damit, das Abkommen von Versailles einen Vertrag zu nennen. Keine unter Zwang erfolgte Unterschrift hat bindenden Wert. Im übrigen ging der Vertrag davon aus, daß das deutsche Volk für den Krieg verantwortlich war. Zu der Zeit war die Öffentlichkeit über das Gegenteil nicht aufgeklärt. Aber seit Anfang 1920 hat sich jeder davon überzeugen können, daß die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges deutlich auf eine Reihe von 16 Geheimverträgen und Abkommen zurückzuführen werden können, die zwischen 1898 und 1916 durch die Auswärtigen Ämter Russlands, Großbritanniens, Frankreichs und Japans abgeschlossen worden waren. Das, was sich zwischen Kriegsanfang und 1916 auf diesem Gebiete ereignete, ist nur eine Ausdehnung und Betätigung der früher erfolgten Abmachungen. In einem dieser 15 Verträge war dieses Land (die Vereinigten Staaten) beteiligt, aber daraus kann keinesfalls der Schluß gezogen werden, daß die Vereinigten Staaten von den übrigen 14 Verträgen Kenntnis besaßen. Es ist sehr bedauerlich, daß sich zu wenig Leute die Mühe geben, sich über diese Frage zu unterrichten, und daß die Regierung an der alten, durch die Kriegspropaganda bedingten Auslegung der Dinge festhält.“

Sticourt vertritt den Standpunkt, daß durch Anwendung von Zwangsmassnahmen Deutschland gegenüber nichts zu erreichen ist. Er glaubt, daß die Heilung der Kriegsschäden für beide Länder am besten durch eine weitgehende politische Verständigung herbeigeführt werden könnte; geht dabei aber soweit, sich für eine dauernde Verbindung der beiden Republiken einzusetzen.

Rag nun dieser letzte Gedanke gerade in der Gegenwart in Deutschland mit Recht einiges Kopfschütteln hervorgerufen, so bleibt doch der Inhalt der vorangegangenen Ausführungen außerordentlich bedeutsam. Dies um so mehr, als es das erste Mal sein dürfte, daß ein in dem ausgesprochen deutschfeindlichen Verlage der „Newyork Times“ erscheinende Zeitschrift über das Zustandekommen des Friedensvertrages und über die Ursachen des Weltkrieges einen derartig zugunsten Deutschlands sprechenden Aufsatz herausbringen darf.

Aun eine nicht minder bedeutsame Auslassung über die Reparationsfrage. Der bekannte amerikanische Finanzmann Otto P. Kahn hat kürzlich in einem offenen Briefe an den Senator Smoot sich über die Reparationsfrage sehr im Sinne Deutschlands ausgesprochen. Nun wäre darauf kein besonderer Wert zu legen, denn Herr Kahn hatte kurz vorher Herrn Clemenceau angefeuert und wechselt überhaupt so oft seine politischen Anschauungen, daß dies selbst in dem darin sehr duldsamen Amerika auffällt. Von wirklicher Bedeutung aber wird der offene Brief dadurch, daß ein sehr wirksamer und geschickter Sach aus ihm von dem höchst angesehenen „Commercial and Financial Chronicle“ zum Gegenstande einer den Gedanken dieses Satzes noch stark unterstützenden Betrachtung gemacht wird. Kahn hatte gesagt: „Es ist interessant, festzustellen, daß während alle alliierten Länder zusammen, obwohl sie siegreich und vergrößert sind, nicht imstande sein wollen, an uns in 25 Jahren die Summe von 10 Milliarden Dollar zu zahlen, die Regierungen derselben Länder im vergangenen Jahre verlangten, daß Deutschland, niedergeworfen und verkleinert wie es ist, allein an sie mehr als drei Mal so viel zahlen sollte, nämlich 32 Milliarden Dollars, und oben-

drein noch jährlich so und so viele Hundert Millionen Dollars für die Besatzungstruppen.“

Das „Commercial and Financial Chronicle“ gibt in seiner Zustimmung zu diesem Gedanken folgenden Ausdruck:

Nach der im April 1921 erfolgten Entscheidung der Reparationskommission ist Deutschland zu einer Reparationszahlung in Höhe von 132 Milliarden Goldmark verpflichtet worden; außerdem ist die Schuld gegen Belgien zu begleichen. Die Zahlungen sollten in Jahresraten von 2 Milliarden Goldmark sowie durch Erhebung eines Exportzuschlages von 20 Prozent erfolgen. Diese Zahlen sind phantastisch, und ein Sachverständiger nach dem andern hat sich feierlich dahin ausgesprochen, daß derartige Zahlungen so außer Frage stehen, daß sie fast als lächerlich erscheinen. Diese Anschauungen sind dann im Einzelnen genauer begründet worden. Aber es blieb Herrn Kahn vorbehalten, die Angelegenheit derart überzeugend darzustellen, daß jede weitere Diskussion über den Gegenstand überflüssig erscheint. England, Frankreich und Italien, die aus dem Kriege siegreich und mit Gebietsverweiterungen hervorgegangen sind, bitten entweder um Streichung ihrer Schulden oder Erleichterung der Zahlungsbedingung einer Gesamtschuld von 10 Milliarden Dollars (oder besser gesagt 40 Milliarden Goldmark) an die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig versuchen dieselben Länder, das verkleinerte und geschlagene Deutschland, das seines wertvollsten Territoriums beraubt ist und seine Handelschiffe und andere für die Industrie und wirtschaftliche Wiederherstellung notwendigen Aktiven verloren hat, zu einer Zahlung von insgesamt 132 Milliarden Goldmark nebst mehreren Hundert Millionen Dollars jährlich für die Okkupationskosten anzuhalten. Auf dem ganzen Erdball gibt es kein Land, einschließlich der Vereinigten Staaten und England, das imstande wäre, Verpflichtungen in solcher Höhe an das Ausland abzutragen, ohne unter der Last dieser Bürde zusammenzubrechen. Wie lächerlich ist es deshalb, von einem bankrotten Deutschland die Erfüllung einer derartigen Leistung zu erwarten. Im Namen des gesunden Menschenverstandes sollte diesem Unfinn endlich ein Ende bereitet werden. Die Bankier ebenso wie die sonst gut unterrichteten Personen versichern uns, daß eine Ordnung der Reparationsfrage auf gesunder und vernünftiger Grundlage der Gewährung jeder finanziellen Hilfe an Deutschland voranzugehen muß. Das sollte nun auch geschehen und zwar sofort. Dann wird es Zeit sein, Wirtschaftskonferenzen für die Wiederherstellung Deutschlands und des übrigen Europas abzuhalten.“

Politische Neuigkeiten.

Der Reichsfinanzminister im Ruhrgebiet.

Montag abend traf in Dortmund der Reichsfinanzminister Dr. Gernies in Begleitung einiger Beamter seines Ressorts ein. Am vormittag hatte er in Eibfeld eingehende Besprechungen mit Vertretern der Reichsfinanzverwaltung im besetzten Gebiet gepflogen und zusammen mit dem Reichskanzler und Minister Severing an den Beratungen in Darnen teilgenommen. Am Nachmittag fanden Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenschaft und den verschiedenen Bevölkerungskreisen in Essen, Bochum und Dortmund statt. Die Probleme des Zahlungsmittelumlaufes, der Währung und Preissteigerung, der Sicherstellung der Löhne, der Fürsorge für die Beamten usw. wurden eingehend erörtert. Die vertraulichen Erklärungen des Ministers dürften beruhigen. Der Minister sagte die weitestgehende Berücksichtigung der Anregungen zu, die sich aus der persönlichen Aussprache ergaben, und betonte die große Bedeutung eines ständigen unmittelbaren Kontaktes mit Vertretern des besetzten Gebietes.

Lloyd George über den deutschen Widerstand.

„Unmöglich für Deutschland nachzugeben.“

Lloyd George erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern über die französische Aktion gegen Deutschland: Zum ersten Male seit dem Waffenstillstande erheben sich die Deutschen zum entschlossenen Widerstand gegen den Druck. Früher gaben sie immer nach. Die neue Haltung der Deutschen ist ein wichtiger erster Faktor. Der taktische Fehler, den Frankreich beging, macht es schwer, wenn überhaupt nicht unmöglich für Deutschland, nachzugeben. Lloyd George erklärte sich ferner unbedingt gegen die Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein. Er wies darauf hin, daß die deutschen Kohlenlieferungen im ganzen befruchtigend gewesen seien. Man dürfe nicht vergessen, daß Deutschland seine Staatsanleihen und einen großen Teil seiner schließlichen Kohle verloren hat. Bezüglich der Erklärung Poincarés, daß Frankreich nur wegen der Reparationen in das Ruhrgebiet eingedrungen sei, sagte Lloyd George, er wolle nichts unterschreiben, aber Bedenken einiger französischer Blätter deuten an, daß andere Beweggründe vorhanden gewesen seien.

Französische Ausweisungspolitik und separatistische Putschabsichten.

Grz. Die Schärfe der französischen Ausweisungspolitik richtet sich fortgesetzt gegen die Beamten der Wiesbadener Regierung, während die Kreisdirektion Mainz weniger zu leiden hat. Dieser bereits vielfach aufgefallene Unterschied scheint zwei Ursachen zu haben. 1. In Hessen ist die Fortbewegung nicht in der Weise der allgemeinen Verwaltung unterstellt wie in Preußen. Daher mußten den rheinischen Verwaltungsbeamten die Fragen erspart bleiben, deren selbstverständliche Verneinung zur Ausweisung der Wiesbadener Beamten ge-

führt hat. 2. Spielt in Wiesbaden wohl der besondere Haß mit, den man auf französischer Seite gegenüber einer preußischen Verwaltung empfindet. Die besondere Bedrängnis der Wiesbadener Verwaltung geschieht aber auch im Interesse und zugunsten der Separatisten, die in Wiesbaden besonders rührig sind. In den Vorbereitungen der Separatisten, die man in Wiesbaden beobachten konnte, läßt sich erkennen, daß die Separatisten der Hilfe der Franzosen bei der Erreichung ihres Zieles sicher sind. Abwehrmaßnahmen sind vorbereitet, Behörden und Gewerkschaften sind gerüstet. Der Putz wird daselbst nächste Woche nehmen, wie damals, als Dorten und seine „Minister“ mit blutigen Köpfen aus dem Regierungsgebäude herausgesprungen wurden.

Die pfälzische Eisenbahn.

Der französische Oberkommandierende in der Pfalz hat den Befehl erteilt, das pfälzische Eisenbahnen dem komanmandierenden General zu unterstellen. Der Befehl nimmt an, daß sich die Beamten und Arbeiter der französischen Befehlsgewalt unterstellen; der betreffende Satz lautet, daß derjenige, der auf seinem Posten bleibe, damit kund gebe, daß er sich den Befehlen der Besatzung unterwerfe.

Das ist aber abgelehnt worden und im Augenblick ist das Personal zwar vollständig auf seinem Posten, unterstellt sich aber nur den Befehlen der deutschen Behörden. Eingriffe von französischer Seite sind, soweit bekannt, bisher noch nicht vorgekommen. Der Verkehr spielt sich demzufolge in normaler Weise ab.

Auf einer Reihe von pfälzischen Bahnhöfen sind Posten aufgestellt worden, die sich aber ebenfalls jedes Eingriffs in den Dienstbetrieb enthalten.

Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern wurde gestern im Haushaltsausschuß des Reichstages die Lage in den besetzten rheinischen Gebieten eingehend erörtert.

Staatssekretär Dr. Brügger wies darauf hin, daß die Interalliierte Rheinlandskommission auf deutsche Kosten einen riesigen Verwaltungsapparat mit zusammen 1300 Köpfen eingerichtet habe. Auch die Delegierten der Kommission, für die das Rheinland-Abkommen eigentlich gar keine Grundlage bietet, hätten ein umfangreiches Stabpersonal. Sie verlangten auf Grund der zahlreichen Ordnungen der Rheinlandskommission eingehende periodische Berichte der deutschen Behörden, überwachten die Vereine, die Versammlungen und die Presse und griffen mit Verboten ein, sobald ihnen die staatsbürgerliche Betätigung der Parteien und der Presse unangenehm werde. Politisch noch wichtiger sei die Propagandätätigkeit der Delegierten: Von Anfang an hätten sie französische Vorträge, Theateraufführungen, Konzerte und französische Sprachkurse für die Bevölkerung organisiert; durch öffentliche Reden hätten sie die Propaganda literatur verbreitet, die öffentliche Meinung zu beeinflussen; die Notlage des Mittelstandes und der Kleinrentner glaubten sie zu einer neuen Art von Propaganda verwenden zu können: sie wendeten sich teils an Wohlfahrtsvereine, teils an notleidende Einwohner selbst, um ihnen Unterstützungen in bar und Naturalien anzubieten. Da die Bevölkerung die Beweggründe dieses Vorgehens durchschaue, bleibe auch diese Propaganda ein Mißerfolg. Die amerikanischen und die englischen Delegierten hätten sich von dieser Propagandätätigkeit vollständig ferngehalten. Die Rheinlandskommission selbst habe durch die Unterstützung der französischen und belgischen Gewaltmächte der letzten Zeit ihre eigene Rechtsgrundlage, das Rheinland-Abkommen, verlassen. Ihre Ordnungen Nr. 132/133 seien garnicht auf das Rheinland-Abkommen gestützt, sondern auf Instruktionen des französischen und des belgischen Oberkommissars der Rheinlandkommission und auf die sogenannten Besetzungsbeschlüsse der Reparationskommission.

Zuletzt habe die Rheinlandskommission noch den Einbruch in das Badener Land, den die französische Regierung für sich allein wegen des Ausfallens zweier Bünde beschlossen habe, gebührend und dabei jede Rechtsgrundlage beiseite geschoben. Weder die französische Regierung noch die belgische Regierung ein System williger Rechtslosigkeit geschaffen, demgegenüber es nur bei Rückkehr zu dem Verträge eine Rettung gebe.

In der Aussprache wurde vor allem die Propaganda der Franzosen im besetzten Gebiet behandelt und nach den Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung gefragt.

Reichsminister des Innern Defer betonte auf verschiedene Fragen, daß das bevorstehende Notgesetz der Regierung Handhaben gewähre, für die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen Wohnungen zu beschaffen. Die Einführung einer fremden Währung im besetzten Gebiet stehe im gegenwärtigen Moment auf natürlicher Schwierigkeiten. Im Saargebiet habe die Einführung der Frankennote die Bevölkerung keinen dauernden Segen gebracht; je länger dort der Franken herrsche, desto größer sei die wirtschaftliche Ernüchterung geworden. Die Preise hätten sich im allgemeinen recht schnell dem höheren Frankenniveau an, aber die Löhne blieben bei der Frankenauszahlung immer weiter zurück. Der Minister sprach alsdann über die Erfolglosigkeit der französischen Gewaltaktion im Ruhrgebiet, die sich am besten dadurch erweise, daß in Frankreich wegen Rohstoffmangels bereits eine größere Anzahl Hochöfen ausgeblasen worden seien. Finanziell werde sich der Rechtsbruch Frankreichs in einer Zerrüttung der französischen Währung auswirken, denn je weiter die Besetzung ausgedehnt werde, desto größer würden auch die Kosten Frankreichs.

Deutschland führe jetzt einen heroischen Kampf um die Kultur der ganzen Welt.

Als waffenloses Volk kämpfe es lediglich mit der Kraft seines geschlossenen moralischen Widerstandes gegenüber einer Vergeßlichkeit, die ihm vier Jahre nach dem Kriege mitten im Frieden angetan werde. Der Welt aber sei zu sagen, daß hier zum ersten Male in der Geschichte der heldenhafte Versuch unternommen werde, gegenüber der rohen Waffengewalt den Krieg durch Moral und Vaterlandsgedank zu überwinden. Der Minister schloß mit einem warmen Dank an die Bevölkerung der besetzten Gebiete für ihr Verhalten.

Hg. Sollmann (Soz.) wies darauf hin, daß die Massen den Kampf gegen die französische Gewalttätigkeit unter schwerem wirtschaftlichem Druck führten. Wegen diesen Druck, vor allem gegen die Preissteigerung, müßten sich die Maßnahmen der Regierung in erster Linie richten. Der Redner appellierte an die Geschäftswelt, von sich aus Opfer zu bringen, da doch diese Zeit von der befristeten und minderbemittelten Bevölkerung noch viel größere Opfer verlange.

Staatssekretär Hamm, versicherte, daß die Reichsregierung und auch der Reichskanzler persönlich gerade der Bekämpfung des wirtschaftlichen Druckes, der eine Folge der Gewalttät der Franzosen und Belgier sei, ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden. Die Verordnungen gegen Luxus und Alkoholkon-

sumption seien der erste Schritte gewesen und es sei selbstverständlich, daß diese Verordnungen allein nicht genügen. Es müsse alles, was möglich sei, aufgegeben werden, um der Bevölkerung die Ertragung der nächsten schweren Zeit zu ermöglichen. Der Aufenthalt des Reichskanzlers in Essen, Bochum und Dortmund habe erfreulicherweise klargestellt, daß die Auffassung richtig sei, daß das deutsche Volk den ihm aufgezwungenen Kampf einheitlich und fest ausfechten werde in dem Bewußtsein, daß der französisch belgische Raub einfall sich nicht gegen eine Schicht des deutschen Volkes, sondern gegen die Existenz des ganzen deutschen Volkes richte. Im übrigen würden zu den wirtschaftlichen Maßnahmen die zuständigen Ressortminister noch ihre Ansichten und Vorschläge äußern.

Zum Schluß erklärte Reichsminister Defer zu einer französischen Zeitungsnachricht, nach der es gelungen sein sollte, in den letzten Tagen 64 000 Tonnen Kohle nach Frankreich zu bringen, folgendes: Durch die Nachricht soll der Anschein erweckt werden, als ob seit dem 1. Februar 64 000 Tonnen, also rund 12 000 Tonnen pro Tag, nach Frankreich gegangen seien. Dies wird von sachlichen Stellen für vollkommen unmöglich gehalten, da der Kohletransport nach Frankreich ganz stillgelegt worden ist. Vielmehr steht fest, daß keine Kohlenmengen nach Frankreich gegangen sind, die aus dem neu besetzten Gebiet stammen. Wohl ist bekannt, daß die Franzosen im linksrheinischen Gebiet verschiedentlich Kohle beschlagnahmt haben. Diese ist nach Frankreich gefahren worden, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Menge sich auf 64 000 Tonnen beläuft. Der Ausschuß verleihe sich sodann.

Ludendorffs Kärntner Reise.

General Ludendorff, der sich scheinbar als Agitator für die deutsch-nationale Bewegung im österreichischen Alpengebiet versuchen wollte, hat bei der Kärntner Arbeiterkammer eine schlechte Aufnahme gefunden. Am Sonntag sollte in der Landeshauptstadt Klagenfurt, eine Tagung des deutsch-nationalen Burenbundes stattfinden, zu der Ludendorff aus München gekommen war. Als der General am Bahnhof erschien, wurde er von Arbeitern, die gegen ihn demonstrieren wollten, mit den Rufen „Massenmörder, Hakenkreuzgeneral, Totengräber Deutschlands!“ empfangen. Während Ludendorff sich zu seinem Absteigequartier begab, wurden die Demonstrationen fortgesetzt. Die Arbeiter verlangten, daß die Fahnen, die zu Ehren des Gastes von den deutsch-nationalen Parteimitgliedern ausgehängt worden waren, eingezogen würden. In der Stadt herrschte ungeheure Erregung. Nach Eintritt der Dunkelheit kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Patrouillen der Kärntner Sicherheitswehr. Die Arbeiter verlangten, daß Ludendorff der Aufenthalt in Kärnten nicht gestattet werden dürfe.

Frankreichs Kampf gegen den Frieden.

Auch ohne das Geschrei der französischen Chauvinistenpresse müßte sich die Welt darüber klar sein, daß Frankreich keinen Frieden haben will. Die dreijährige Zeit der Besetzung im Rheinland hat den einseitigen Beweis dafür erbracht, daß Frankreich noch immer Krieg führt, allerdings einen Krieg gegen eine wehrlose Bevölkerung. Was die Bevölkerung in diesen drei Jahren an Gewalttaten, Freiheitsberaubungen, Entwürdigungen und Entrechtungen, besonders durch die französische und belgische Soldateska hat erdulden müssen, kann selbst durch die furchtbaren Fälle, wie sie die deutsche Denkschrift über Übergriffe der Besetzung im besetzten Gebiet zum Ausdruck bringt, nicht annähernd wiedergegeben werden. Die Bevölkerung des unbesetzten Gebietes hat zweifellos ihre Leiden zu tragen, die auch ihr das Versäulter Diktat auferlegt hat. Sie sind aber kein und nichtsagend gegenüber dem Martrium, dem die Bevölkerung des besetzten Gebietes ausgesetzt ist. Auch im unbesetzten Gebiet haben wir eine drückende Wohnungsnot, aber in beschränkten Wohnräumen ist sie Herr ihres Hauses und ihres Eigentums. Ganz anders im besetzten Gebiet. Die schönsten Wohnräume mit allem Inventar, selbst der Leibwäsche, beanspruchen die fremden Herren für sich. Aber selbst in den beschränkten und unwürdigen Räumen, die man ihr gelassen hat, darf sich die Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht sicher fühlen. Fortgesetzt wird sie schikaniert, bei einem unbedachten Wort der französischen Polizei — oder dem Kriegesgericht überantwortet. Spittel bevölkern zu tausenden und abertausenden die besetzten Gebiete und bringen Denunziationen an, um sie ins Unglück zu führen. Die besten und preiswertesten Waren laufen die Besetzung, die notwendigen Nahrungsmittel müssen ihr und ihrem Anhang dargebracht werden. Jeder Schritt, den die Bevölkerung der besetzten Gebiete geht, bedeutet unter Umständen einen Schritt ins Unglück, ins Verderben. Privolität, „Siegerwahn, Übermut und entsprechende Verletzung gefährden täglich Gesundheit und Leben der Bewohner. Und trotzdem nimmt sie alle die Kosten gern auf sich, wenn sie hoffen darf, daß das ganze deutsche Volk diesen stillen Kampf um Deutschlands Zukunft anerkennt, daß dieser Kampf ein gutes Ende findet.

Vor vier Wochen sind französische und belgische Divisionen ins Ruhrgebiet eingemarscht und in der Sonntagsfrühe sieben andere französische Abteilungen ins schöne Badener Land ein. Der Vertrag von Versailles ist also hundertfältig durch Frankreich gebrochen worden und die hundertfältigen Zeitungen deuten es unumwunden an, daß Frankreich einen neuen Krieg gegen Deutschland begonnen habe. Er kostet Frankreich kein Blut, da es mit diesen Überfällen erwartet hat, bis auch das ängstlichste Gemüt in Frankreich davon überzeugt war, daß Deutschland keine Waffen mehr besitzt, und daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten sich nach Frieden sehnt. Deshalb rückt es mit Tanks, schwerer Artillerie, mit Infanterie- und Kavalleriekolonnen gegen ein wehrloses Volk ein. Da hat es leicht sagen, leicht Krieg führen. Millionen Deutscher sind abermals in die Gewalt fremder Soldateska geraten. Sie werden, wie ihre Volksgenossen im altbesetzten Gebiet, ähnliche schwere Lasten auf sich nehmen müssen, in stiller Abwehr und mit der festen Zuversicht, daß das ganze übrige deutsche Volk jenseits ist, diese Leiden zu lindern, zu verkürzen und diesen Abwehrkampf zum guten Ende zu führen.

So erfordert dieser neue Gewaltakt Frankreichs gegen das deutsche Volk nicht nur das Zusammenstehen aller deutschen Volkstämme, sondern auch die Anerkennung und das Verständnis der Bevölkerung, des unbesetzten Gebietes für die besonderen Not und Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Diese Anerkennung ist notwendig, damit im unbesetzten Gebiet die Überzeugung sich durchsetzt, daß der Abwehrkampf gegen Frankreichs Gewalttaten nicht einseitig nur von einem Teil des deutschen Volkes getragen werden muß.

Wie Poincaré das französische Volk betrügt.

Org. Monatelang ließ Poincaré das französische Volk durch seine Presse bearbeiten, bis in ganz Frankreich auch der letzte Stöckel davon überzeugt war, daß Frankreich unter allen Umständen das Ruhrgebiet besetzen müsse, um zu seinem Weib zu kommen. Die unmöglichsten Geschichten wurden erfunden,

um „Deutschlands bösen Willen“ zu beweisen — währenddem konfizierte Poincaré mit der französischen Schwerindustrie, um die besten Methoden der Ausbeutung der Ruhrindustrie zum Nutzen der französischen Industrie festzulegen.

Das Fehlen einiger Tonnen Kohle und Koks, die Nichtlieferung einiger Telegraphenleitungen, veranlaßten den Marschbefehl für ein halbes Duzend französischer und belgischer Divisionen zum Schutz von 40 Kontrollingenieuren.

Aber die Kohlen blieben für Frankreich aus; es erhielt keinen Koks, keine Sachleistungen, kein Geld.

Und was erzählt man nun dem französischen Volk? Deutschland hatte einen großen Raubkrieg vorbereitet und Frankreich kam gerade rechtzeitig ins Ruhrgebiet, um diese furchtbare Gefahr zu beseitigen. Das sagt die französische Presse dem französischen Volke auf Instruktionen des Quai d'Orsay jetzt täglich in den verschiedensten Variationen, um es von der Enttäuschung über den katastrophalen französischen Mißerfolg an der Ruhr abzulenken. Denn selbst Philippe Willet mußte eingestehen: „Deutschland hat die erste Partie an der Ruhr gewonnen“. Und Léon Bailby sagt im „Antantisme“:

„Es ist nicht ganz sicher, daß uns das Ruhrgebiet Geld und zwar viel Geld einbringt. Sicher ist jedoch, daß unsere Operation im Ruhrgebiet den Plan eines von Deutschland vorbereiteten großen Raubangriffes aufgedeckt und unmöglich gemacht hat. Die Ruhr ist also die sicherste Garantie gegen einen neuen Krieg. Wir werden dieses Gebiet zu unserer Sicherheit besetzen; auch das ist Geldes wert.“

Auch Jacques Bainville erzählt gehorsamst in der „Liberté“: „Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert, um die uns geschuldeten Kohlen zu beschlagnahmen. Dabei haben wir entdeckt, daß die deutsche Verfassung nach viel schlimmer ist, als man geglaubt hat und daß Europa zweifellos in einen neuen Krieg hineingeleitet. Die Besetzung des Ruhrgebietes wird also zu einer Präventivmaßnahme gegen den Krieg. Deshalb müssen wir dort bleiben.“

Also vor dem Überfall auf das Ruhrgebiet hieß es, man wolle nur die Kohlenlieferungen sichern, jetzt sagt man, es gelte die deutschen Raubangriffe zu vereiteln. Marcel Bourrier aber nennt in der „Humanité“ den richtigen Grund der Ruhrbesetzung:

„Der von der „Humanité“ veröffentlichte Geheimbericht des Herrn Darlac (die große Presse bewahrt darüber immer noch Stillschweigen) hat uns über die wirklichen Ziele der Besetzung des Ruhrgebietes aufgeklärt: die Annexion der rheinischen Provinzen.“

Amerika und die Ruhrbesetzung.

Aus New-York, Mitte Januar, wird uns geschrieben: Senator Mc Cormick, der bekannte hochangesehene amerikanische Politiker ist kürzlich nach New-York zurückgekehrt und hat sich eingehend über die politischen und wirtschaftlichen Zustände Europas geäußert. Seine in diesen Äußerungen enthaltenen Ansichten über die verderblichen Folgen der Ruhrbesetzung sind um so beachtenswerter, als die Äußerungen schon vor dem Beginn des Poincaréschen Abenteuers gefallen sind und somit den klaren Blick des amerikanischen Staatsmannes beweisen. Mc Cormick sagte:

„Die finanzielle Situation vieler Regierungen des europäischen Kontinents ist so verzweifelt, und die wirtschaftlichen Bedingungen vieler Völker sind so schwierig, daß wir noch vor Ende dieses Winters mit sehr ernsthaften Ereignissen rechnen müssen, es sei denn, daß die Siegerstaaten mit einer humanitären Weisheit, Vorsicht und Mäßigkeit handeln, die ihrer bisherigen Politik fremd war.“

Frankreich hat schrecklich gelitten. Es fordert Ertrag für seine Verluste und Sicherheit für seine Grenzen. Aber beides läßt sich nur finden, wenn die wirtschaftlichen Lasten berücksichtigt werden. Die in Aussicht genommene Besetzung des Ruhrgebietes bis in die Gegend von Essen durch fünf französische Divisionen oder sonstige fremde Truppen wird außerhalb Frankreichs nirgends in Europa gestiftet. Der Plan wird von der überwältigenden Mehrheit der verantwortlichen Amerikaner in allen europäischen Ländern, die durch seine Ausführung in Mitleidenschaft gezogen würden, verworfen. Diese Amerikaner teilen die Ansicht der europäischen Wirtschaft- und Finanzkennner, daß Frankreich von einem solchen Vorgehen keine wirtschaftlichen Vorteile haben würde, daß vielmehr im Gegenteil, die Besetzung des Ruhrgebietes Frankreich, Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, Skandinavien und Amerika schädigen würde, dadurch, daß es deutschem Kredit, deutscher Industrie und deutschem Handel Abbruch tut. Nach Ansicht unparteiischer und wohlunterrichteter Kenner muß die Besetzung des Ruhrgebietes zur Sabotage der Industrie durch die Bevölkerung des Ruhrgebietes führen, und hierdurch wird die Zahlung der Reparationen weiter hinausgeschoben und vermindert. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß französische militärische Autoritäten in Deutschland, amerikanische und britische Diplomaten und deutsche hohe Beamte sich darin einig sind, daß in diesem Winter in Deutschland Hungerunruhen entstehen werden, Deutschland braucht amerikanisches Getreide im Werte von über hundert Millionen Dollar und es hat keine Mittel, um es zu bezahlen.

Sollten die Regierungen es nicht fertig bringen, sich über ein verständiges und ausführliches Programm für die endgültige Festsetzung einer Reparationssumme zu einigen, die Deutschland zahlen kann und zahlen soll, und sollten sie nicht in der Lage sein, sich untereinander und mit Finanzfachverständigen über einen Plan zu einigen, der die deutsche Währung stabilisiert, so werden wir damit zu rechnen haben, daß der Franc und die lira dieselbe Abwärtsbewegung auslösen werden, wie die Mark, die Krone und der Rubel.

Jede neue Lösung der Reparationsfrage sollte folgende drei Punkte umfassen:

1. Priorität der Zahlung für den Wiederaufbau der Ruinen in Frankreich.

2. Bewilligung eines Moratoriums an Deutschland für mehrere Jahre, hierbei eine entsprechend gesicherte Bankgarantie, um die Mark zu stabilisieren, den deutschen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, und zum französischen Wiederaufbau beizutragen.

3. Die rasche Zurückziehung der barbarischen und haßbarlichen mohammedanischen Truppen am Rhein und die allmähliche Zurückziehung der anderen Besatzungstruppen, je nach der Erfüllung der Bedingungen des Moratoriums durch Deutschland.

Es ist unumgänglich notwendig für die Zahlungsfähigkeit und die Kredite des Staats sowohl in Frankreich wie in Deutschland, ferner für den Wiederaufbau der Industrie in Deutschland und für die Durchführung der Reparationen an Frankreich, daß ein Plan aufgestellt werde auf diesen allgemeinen Grundlinien.

Wichtiger für die Wiederaufrichtung Europas als irgend eine Konferenz oder irgend ein Abkommen zwischen Staatsmännern oder Bankiers ist m. E. die Austreibung des Haßgefühls, welches Völkern und Regierungen beherrscht. Solange die Völker nicht durch christliche Friedensliebe geleitet werden, kann kein wirklicher Friede in Europa sein.“

Die Versteifung der chinesisch-japanischen Beziehungen.

Aus Peking, im Dezember, wird uns geschrieben: Die gegenwärtige japanische Regierung ist im allgemeinen friedlich gesinnt und sie möchte auch gern das Verhältnis zu China verbessern, wenn sie dabei auch, wie weiter unten gezeigt werden soll, nicht immer die richtigen Wege einschlägt. Nebenfalls aber ist festgestellt, daß die Bemühungen der Chinafreunde in Japan, die Beziehungen der beiden Nachbarreiche freundschaftlicher zu gestalten, in China noch wenig Gegenliebe finden. Das liegt zum Teil an der Persönlichkeit des gegenwärtigen chinesischen Außenministers, des Herrn Wellington Koo, der seiner ganzen Erziehung nach Amerika sehr viel näher steht als Japan und der infolgedessen wohl amerikanischen Einflüssen, die ihm Mißtrauen gegen Japan nahelegen, leicht zugänglich ist. Nebenfalls steht fest, daß er für die Notwendigkeit eines chinesisch-japanischen Zusammengehens weniger Verständnis hat als sein Vorgänger Dr. Yen.

Dazu kommen aber auch noch andere mehr sachliche Momente. Die Geld- und sonstigen Forderungen der Japaner bei den sich schon seit Monaten hinziehenden Rückgabeverhandlungen über Schantung haben die Chinesen hart verstimmt. Auch frönt es die nationale Empfindlichkeit der politisch denkenden Chinesen sehr, daß es nicht gelingen will, die Zurückgabe der japanischen Postämter aus der südmandschurischen Eisenbahnzone zu erreichen. Des weiteren zieht die chinesische Presse aus der Tatsache, daß die japanische Regierung der Intransparenz der auf der Shanghaier Konferenz beschlossenen Zollserhöhungen, die eigentlich schon vor dem 1. Dezember hätte erfolgen sollen, nicht ohne Einschränkung zugestimmt hat, den Schluß, daß die japanische Regierung die Bewältigung der Zollserhöhungen nach Möglichkeit verzögern wolle. Mit am meisten hat aber die Tatsache verstimmt, daß gerade jetzt die japanischen Konsulate in China zahlreiche Kuriositäten zur Erledigung der vor den Konsulargerichten schwebenden Rechtsfälle zugeteilt werden sollen. Diese Tatsache wird von der öffentlichen Meinung Chinas als eine bewußte Demonstration gegen die Bestrebungen zur Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit betrachtet und dementsprechend bewertet.

Diese Mißstimmung in der öffentlichen Meinung in China gegen Japan hat ihren bezeichnendsten Ausdruck in dem im vorigen Monat einstimmig gefaßten Beschlusse des chinesischen Abgeordnetenhauses gefunden, die Aufhebung des Vertrages von 1915 über die bekannten 21 Forderungen der Japaner zu verlangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Beschluß auf Einwirkung des Außenministers Wellington Koo gefaßt worden ist; dafür spricht der Umstand, daß gleich nach dem Amtsantritt des Ministers die chinesische Presse eine Meldung brachte, der Minister wolle bei der japanischen Regierung die Rückgabe der Kiaotung-Halbinsel im Jahre 1923, also nach Ablauf der 1898, — damals mit Rußland — vereinbarten 15-jährigen Pachtfrist betreiben.

Diese Meldung hat sofort in Japan scharfen Widerspruch hervorgerufen und noch mehr erregte man sich im Inselreich über die Äußerung des chinesischen Präsidenten, er hoffe, daß die Halbinsel, die über 1000 Jahre zu China gehört habe, kein zweites Mal verloren gehen werde, sondern daß eine friedliche Auseinandersetzung über diese Frage sich ermöglichen werde.

So bestehen also heute wie drüben Verstimnungen, die nicht ganz ungerechtfertigt sind. Japan hat aber in China nicht nur den Außenminister, die öffentliche Meinung und das Abgeordnetenhaus gegen sich, es hat auch eine Persönlichkeit, auf die es früher rechnen durfte, nicht mehr für sich. Dies ist der Machthaber in der Mandschurei, General Chang-Tso-lin. Dieser Mann, der wie die Sage immer wieder auf die Weine fällt, hat sich in der letzten Zeit wesentlich kühler Japan gegenüber gestellt und es besteht für Japan die Befürchtung, daß er eine enge Verbindung mit der in die Küstenprovinzen vordringenden Sowjet-Regierung aufnehmen wird, die seinen Wünschen umso mehr und umso lieber entgegenkommt, je mehr sie ihn dadurch dem Einfluß der Japaner entziehen kann.

Aus alledem geht hervor, daß die Beziehungen zwischen Japan und China gegenwärtig keineswegs lieblich sind. Will Japan ein herzlicheres Verhältnis zu China herstellen, so wird es das psychologische Moment in der Politik Chinas gegenüber stärker berücksichtigen müssen, als bisher und vor allem mehr dem sehr viel kräftiger gewordenen nationalen Empfinden der Chinesen Rechnung tragen müssen.

Landestheater.

Berbi: Ein Maskenball.

Nach langer Pause erleben wir wieder eine Neueinstudierung dieser Verdischen Oper, einer jener italienischen kabbolischen Nummernoper. Einmal hatte man dem 45-jährigen Komponisten das „Viva Verdi“ in Neapel zuerufen, als die Zensur kurzzeitig den Nordanschlag auf Napoleon III. die Annahme dieser Oper verbot, weil sie einen Nordanschlag zum Vornehm hat. So ganz wollen wir heute in diesen Auf nicht einstimmen, denn der Oper fehlt die große einheitliche Linie, sowohl im Libretto als auch in der Partitur. Auch über und der Neapolitaner Giuseppe Mercadante schöpften aus dem Serbischen „Bal masque“, dem Sommer den Text entnahm. Den Italienern vielleicht ein klassisches Stück, uns ein Kolportageroman. Auch die Solisten des Landestheaters stolpern über die recht schlechte Grubbaumische Übertragung, die manche im italienischen gesangssprachliche Handlung notwendigerweise in eine widerspenstige Textunterlage verwandelt.

Willi Billen sang den Gouverneur, Rudolf Wehrauch seinen Sekretär René, Frau Tracema-Prügelmann Renés Gattin Amelia. Die Solisten waren bei seltener Frische und sangen die fast durchweg in reichlicher Höhe liegenden Stimmpartien mit großer Kraft und starkem Ausdrucksvermögen. Dadurch jedoch wurde einzelnen Gestalten eine Heidenpose verliehen, die durchaus nicht im Sinne des italienischen Komparatens liegt. So sehr wir uns an dem prächtigen Stimmaterial solcher Solisten erfreuen, so sehr wünschen wir gerade die Verdischen Rollen von Kräften gesungen, die vertraut sind mit dem besondern italienisch-lyrisch-romantischen Element. Überzeugend und berinnerlich wirkte Billen die Sterbenszene zu schildern. Rudolf Wehrauch traf bestens den einzuhaltenen Genetron seiner Rolle. Auch gelang vor allem das durch Celso und Darfe stimmungsvoll illustrierte Duett Amelia-Gouverneur, indem „großwollen Ort“ der Winterwüste. Dieser Akt in seiner gesamten Struktur ist der Höhepunkt und das einzig wertvolle dieses Verdischen Werkes. Spott, laustischer Witz und Humor liegen über dieser Szene. Böswillige Dunkelmänner (Kohar Kessig, Richterpezzini, Glast) trachten nach des Gouverneurs Leben und werfen ihren Spott im prächtigen Lachterzeit „Ach mit dem Gatten... ha, ha, ha!“ über das Ehepaar. Ein wohlgeleitener musikalischer Einfall des Komponisten. Feuilletonmeister — bei etwas geschmackloser Garderobe — die tiefste Altparte der Wälscherin, Frau Marie von Krupp sang die prächtigen und zugleich schweren Arien der

Kurze Nachrichten.

Zahlreiche Ausweisungen aus Mainz. Ausgewiesen wurden neuerdings von der Eisenbahndirektion Mainz Scheinverwaltungsrat Schneider, Oberregierungsrat Grospietsch, Regierungsrat von Beck, Regierungsbaumeister Bissel, ferner der Direktor der hiesigen Oberrealschule Dr. Ralbfleisch und vom Polizeiamt Mainz Polizeikommissar Häuberer.

Polizeipräsident Melcher wurde in Essen aus seinem Büro heraus verhaftet und im Kraftwagen fortgeführt. Ein starkes Truppenaufgebot hat den Eingang des Präsidiums besetzt. Melcher hatte sich geweigert, das Großverbot für die Schupo-Beamten aufzuheben.

Beginnende Ausweisung von Privatpersonen. Ingenieur Nordmann sowie die Privatleute Cromier, Hoff, Siemund und Göbel in Wiesbaden und der Chemiker Dr. Bretsch in Biedrich sind mit sofortiger Wirkung ausgewiesen worden, weil sie das Deutschland-Lied gesungen haben, was als eine Kundgebung gegen Frankreich betrachtet wird.

Badische Übersicht.

Verkehrslage auf der Strecke Offenburg-Appenweier.

Die Reichsbahndirektion berichtet: Im Laufe des Tages brachten die Franzosen etwa 120 Mann Eisenbahntrouppen heran, aufsehend um damit den Betrieb auf der gesperrten Strecke im Lauf der kommenden Nacht für ihre Zwecke in Gang zu bringen.

Der von der Reichsbahndirektion bis und ab Mendel, Niederschopfheim und Ortenberg eingerichtete Nebenverkehr hat sich glatt abgewickelt. Auf der stillgelegten Mendelbahn wurde Kraftwagenbetrieb eingerichtet. Durch das besetzte Gebiet hindurch besteht noch kein Kraftwagenverkehr.

Minister Gröner über die Verkehrssperre.

Der Berliner Vertreter der „Nationalzeitung“ befragte den Reichsverkehrsminister Gröner über den französischen Einfall in Baden und über die weitere Entwicklung dieses Einfalles. Zu dieser Unterredung erklärte der Reichsverkehrsminister:

Wenn der Verkehr zwischen Appenweier und Offenburg behindert werden sollte, so werden wir den auf der Strecke Frankfurt-Basel liegenden großen Verkehr über Stuttgart und Ulm sowie über Bielefeld beziehungsweise Regensburg leiten.

Zu dem französischen Vorwurf, die Einleitung des Orientexpresszuges bedeute eine Verletzung des Versailler Vertrages, betonte der Reichsverkehrsminister, daß durch Artikel 367 Deutschland lediglich verpflichtet ist, die aus den Gebieten der alliierten und assoziierten Mächte kommenden Züge zu übernehmen und sie mit einer Schnelligkeit weiter zu führen, die mindestens derjenigen gleichkommt, die auf denselben Strecken von den Inlandszügen eingehalten wird.

Durch den Einbruch in das Ruhrgebiet sind der Eisenbahnverwaltung einschneidende Einschränkungen aufzuzwingen worden, um mit dem vorhandenen Kohlenmaterial aushalten zu können. Es wurden rund ein Viertel aller Personenzüge eingestellt; darunter mußte auch der Orientexpresszug fallen, zumal bei der Infolge des Vertragsbruchs der Franzosen in Deutschland herrschende Stimmung eine unbedingte Gewähr für die Sicherheit der in diesen Zügen verkehrenden zum großen Teil aus Franzosen bestehenden Reisenden nicht übernommen werden konnte.

Aber die Haltung des Eisenbahnpersonals befragt, erklärte der Minister: „Das Eisenbahnpersonal wird sich so verhalten, wie es seine Pflicht ihm auferlegt. Eingriffe in den Betrieb wird das Personal nicht dulden.“

Zur Lage im neubesetzten Gebiet.

Der Presseabteilung der Badischen Regierung wird aus Offenburg berichtet:

Französischerseits wurde das Bürgermeisteramt beschuldigt, daß der öffentliche Polizeidienst nicht funktioniere; man sehe keine Polizeibeamten. Das Bürgermeisteramt hatte angeordnet, die Polizeibeamten sollen in Zivil gehen, nachdem sie

sich geweigert hatten, die französischen Offiziere zu begrüßen. Der Truppenkommandant erklärte, es sei niemand aufgefordert worden, die Offiziere zu begrüßen. Als er aber darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein Polizeibeamter in Uniform durch einen französischen Offizier hierwegen Unannehmlichkeiten zu dulden hätte, rebete sich dieser damit heraus, er könne nicht für alle Handlungen seiner Soldaten verantwortlich gemacht werden.

Nachdem die Polizeibeamten ausdrücklich von der Größtmöglichkeit entbunden wurden, erschienen sie wieder in Uniform auf der Straße.

Über die Vorgänge bei der gänglichen Stilllegung des Bahnverkehrs weiß die Presseabteilung zu melden: Montag abend gegen 11 Uhr wurde auf der Betriebsinspektion Offenburg bekannt, daß die Franzosen in Windschlag die Signaldrähte am Stellwerk abgeschnitten haben, um die Durchfahrt der Züge von Offenburg-Rangierbahnhof zu hindern. Sie sollen den dortigen Beamten befohlen haben, keine Züge mehr von Offenburg durchzulassen. Daraufhin haben die Beamten der Bezirks- und Dienststellen, die Vertreter der Beamten und Arbeiter sowie zwei Vertreter der Gewerkschaften beschloffen, gegen diesen Eingriff der Franzosen in den Bahnbetrieb Protest zu erheben und um Juridiktur der Maßnahme zu ersuchen. Die Vertreter der Beamten und Arbeiter gingen hierauf unter Führung von Regierungsrat Säger zu den französischen Offizieren, um ihnen diese Forderung vorzulegen. Auf dem Dienstzimmer des Stationsvorstands wurden sodann die Forderungen mündlich vorgetragen, worauf eine schriftliche Erklärung verlangt wurde, die dann auch vom Regierungsrat Säger verfaßt und von den Beamten und Arbeitervertretern mitunterschieden wurde.

Die Erklärung lautete: „Im Auftrage der Reichsbahndirektion Karlsruhe und im Namen der Personalvertreter des Stationsamts Offenburg — Personenbahnhof —, Stationsamt Offenburg-Rangierbahnhof, des Bahnbetriebswerks, der Bahnbau-, Maschinen- und Werkstatteinpektion lege ich Protest ein gegen den Eingriff der Franzosen in den Bahnbetrieb. Ich ersuche um Rücknahme dieser Maßnahme; sollte dies nicht geschehen, so wird das gesamte Personal der Zucht verlassen.“

Der französische Offizier erklärte, er müsse dazu zunächst Befehl seines Kommandanten in Neß einholen. Nach etwa einer Stunde wurden die versammelten Herren auf das Dienstzimmer der französischen Offiziere gewiesen, wo ihnen erklärt wurde, eine Juridiktur der getroffenen Maßnahmen werde von dem Kommandanten abgelehnt. Darauf wurde, sowohl von Regierungsrat Säger namens der Reichsbahndirektion wie auch von den Personalvertretern erklärt, daß die Arbeit niedergelegt werde. Nunmehr wurde Regierungsrat Säger schriftliche Befehl übergeben, sich den Anordnungen der französischen Behörde zu fügen, was derselbe ablehnte, da ihm ausdrücklich verboten sei, andern als den Befehlen seiner vorgesetzten Behörde zu gehorchen. Der französische Hauptmann erklärte nun die Verhandlung für beendet und bat Regierungsrat Säger, noch abzuscheiden. Ein Beamter und ein Arbeitervertreter, verlangten Aufklärung darüber, worauf ihnen gesagt wurde, Regierungsrat Säger müsse dem Kommandanten vorgelegt werden. Die Beamten und Arbeitervertreter erklärten nun, daß sie sofort in einen Proteststreik eintreten werden und legten dem Offizier nahe, Regierungsrat Säger, der nur seine Pflicht getan habe, eine angemessene Behandlung zu erlangen zu lassen. Dies wurde zugesagt. Gegen 3 Uhr vormittags begaben sich die Personalvertreter zur Betriebsinspektion zurück, wo die weiteren, bereits bekannt gegebenen Beschlüsse gefaßt wurden.

Es wird außerdem gemeldet: Die französische Besatzung ist zurzeit damit beschäftigt, eine eigene Fernsprecheinrichtung vom Rathaus und vom Postamt nach Neß herzustellen. Wahrscheinlich will damit die französische Besatzung aus den reichseigenen Drahtlinien herauszukommen versuchen. Der Zugverkehr Appenweier-Offenburg-Niederschopfheim und Offenburg-Gengenbach ruht. Die Post von Offenburg für das Unterland wird nach Gengenbach verbracht und von dort über Freudenstadt weitergeleitet; die Post für das Oberland über Niederschopfheim.

Die Gemeinde Urfflen bei Appenweier ist seit Montag mittag 12 Uhr mit 120 Mann berittener Truppen besetzt. Durch Kammerweier und Zell-Weierbach zogen Infanteriepatrouillen von je 3 Mann. Das Ausweisungspatrol ist vorläufig auch nach außen hin aufgehoben.

„travesti“ Partie des Hagen Oskar mit überlegen geschmeidiger Stimme.

Herr Wuffard hatte das Stück sorgsam in Szene gesetzt. Aber die jenseitige Wirkung war vielfach so zerrissen, wie die Handlung und die Musik, für welche letztere Herr Alfred Lorenz zeichnete, der Mühe hatte, die Aufführung zu einer geschlossenen zu gestalten. Es fehlte der Schwung und ein einheitliches Zusammenwirken des Gesamtapparates. Schuld bleibt immer die Anlage des Librettos. Das zweite Bild mit dem dampfenden, zischenden (in den piano-Stellen des Orchesters „lieblich“ gurgelnden) Beschränkungskegel konnte als das eines Straßenschildes oder eines Zimmers nicht so bald unterschieden werden. Szenisch recht wirksam war der zweite Akt und ruhig in der Linie der letzte, der einen weniger gelungenen „Schleppentanz“ brachte, wenn er auch staubaufwirbelnd war.

Dieser italienische Hintertreppentoman, (dessen Handlung der Appresario Verbis gelegentlich nach Amerika verlegt) enthält manches „Interessante“, viel geheimnisvolles Klopfen hinter den Kulissen, eine Zigeunerin nebst Sandorakel, Federbüchse und Stulpschiffel, eine Eismühle und einen Galgen, das mittelnächtliche Schlagen einer Uhr — es fehlen nicht die Verschönerer, der Überfall, Regen im Mondschein und schließlich unter Kronleuchtern ein sensationeller Maskenball mit schwarzen Larven und dem heimtückischen Dolch im Gewande. Eheu — viva Verdi!

Wendling-Quartett.

Der 6. Kammermusikabend, den die Konzertdirektion A. Neufeld veranstaltete, brachte uns das bekannte und beliebte Wendlingquartett, das bei seinem Eintritt in den Saal von den zahlreich erschienenen Zuhörern stürmisch begrüßt wurde. Das erste Stück, das G-moll-Streichquartett von Brahms, nicht zu voller Wirkung kam, mag an der niedrigen Saaltemperatur gelegen haben. Insbesondere bei der Romanze hätte die Klangfarbe etwas wärmer und schwerer sein dürfen. Die beiden anderen zum Vortrag gebrachten Werke entschädigten aber reichlich. Das G-dur-Quartett von Beethoven war voller Schönheit und musikalischem Reiz. Noch übertraffen in der Wirkung wurde es durch Dvoraks F-dur-Quartett, dessen ersten beiden Sätze die Hörer in ihren Bann schlugen. Es waren Momente, wie man sie selten in Konzerten erlebt. Die lebensprägende, langweilige Melodie des Tschechen ergriff durch und durch. So wenig wir ja sonst von diesem Volksstamm halten: die Tschechen haben viele große Meister der Musik, Smetana und Dvorak an der Spitze. Es war interessant, Brahms und Dvorak nacheinander zu hören, wo Brahms eigentlich der war, der in Dvorak den

großen Musiker entdeckte und ihn auf seine ruhmreiche Künstlerlaufbahn brachte. Die Bevorzugung der tieferen Lagen des Cellos und der Violine kam durch die ausgezeichnete Besetzung dieser beiden Instrumente voll zur Wirkung. Insbesondere das Cello klang in bestirrender Schönheit und vollendetem Ausdruck.

Um noch etwas zum äußeren Rahmen der Veranstaltung zu sagen: die Beschränkung der Beleuchtung — aus der Not der Zeit heraus — kann man fast eine schöne Erregungssache nennen. Es könnten sogar noch die dem Podium am nächsten befindlichen Wandarme (an den Türen) in Wegfall kommen. Di Lichtwirkung der Wandarmbeleuchtung — ohne das indistret blendende Deckenlicht — ist warm, intim, geschlossen; wie e zur Kammermusik gehört. Wenn man nur einmal noch die abschließende Wand am Podium, etwa durch Vorhäng etwas dunkler tönen könnte, es wäre sehr zu begrüßen. Da hier durch die Offenbleibschwärze — und Steifheit der Prädikanz der Künstler wesentlich gemindert würde. Die Kammermusik verlangt eben eigentlich nicht nur eine gutgestimmte Musik sondern auch gutgestimmte Licht- und Farbenverhältnisse der „Kammer“ — und darin war der Eintrachtssaal bisher gerade nicht ideal. Adolf Himmle.

Professor Ondens voraussichtlicher Nachfolger. Zur Wiederbesetzung des durch die Vererbung des Geh. Hofrats Prof. O. Ondens nach München freierwerdende Lehrstuhl der neueren Geschichte an der Universität Heidelberg ist ein Ruf an den ordentlichen Professor Dr. Willi Andreas an der Universität Berlin ergangen. Prof. Andreas, der seit Oster 1922 in Berlin als Nachfolger des Professors O. Hintze lehr hat sich besonders auf den Gebieten der Geschichte und Kultur der Renaissance sowie der deutschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte betätigt. Gebürtig aus Karlsruhe, erwarb er in Heidelberg den Doktorgrad als Schüler von Erich Wack mit einer Arbeit über „die venezianischen Relationen und ihr Verhältnis zu Kultur der Renaissance“. Nach bestandener Staatsexamen war Andreas kurze Zeit als Lehramtspraktikant am Gymnasium in Konstanz tätig, seit 1. Januar 1909 bei der Badischen Historischen Kommission beschäftigt, habilitierte er sich 1912 in Marburg für neuere Geschichte auf Grund der Schrift „Die Entstehung der badischen Verfassung“. Zwei Jahre später wurde er als a. o. Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte an die Technische Hochschule zu Karlsruhe berufen, siedelte Ostern 1916 als etatmäßiger a. o. Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte an die Universität Rostock als Nachfolger A. O. Meyers über und wurde hier 1919 zum Ordinarius befördert. Eine Berufung auf das Ordinariat der Geschichte in Karlsruhe hat er abgelehnt.

Verhaftungen von Offenburger Postbeamten.

Die Oberpostdirektion Konstanz meldet, wie die Presseabteilung weiter mitteilt, soeben dem Staatspräsidenten: „Die Franzosen haben als Antwort auf unsere Forderung, den Umschalteraum im Postamt Offenburg zu räumen, gestern um 1 1/2 Uhr nachmittags das Postamt Offenburg besetzt, sämtliche Beamten hinausgewiesen und Postdirektor Krieg sowie Oberpostsekretär Frey verhaftet.“

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß der von den Franzosen verhaftete Regierungsrat Säger mit einem Auto nach einem unbekanntem Ort ins besetzte Gebiet verbracht wurde. Außer dem Postdirektor wurde noch ein Beamter verhaftet, der den Direktor zum Abschied grüßte, sowie ein Redakteur, der ihm „Kur Mut“ zurief.

Der Offenburger Fernsprecheverkehr.

Die Presseabteilung der badischen Regierung berichtet: Die Oberpostdirektion in Konstanz drängte gestern früh dem Staatsministerium: Der Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehr beim Postamt Offenburg sei seit gestern (Montag) früh wieder aufgenommen, nachdem die Amtseinstellung und das Personal gegen die Besetzung der Diensträume Einspruch erhoben gehabt haben. Die militärische Besetzung ist aus den Diensträumen zurückgezogen bis auf den Umschalteraum für die Fernsprecheleitungen. In diesem Räume überwacht eine Militärperson die von den Franzosen beschlagnahmte Fernsprecheleitung Rathaus Offenburg—Postamt, Offenburg—Postamt Rehl. Der Postamtsvorsteher in Offenburg wurde gestern angewiesen, im Auftrag der Oberpostdirektion sogleich beim zuständigen Militärbefehlshaber gegen die widerrechtliche Besetzung des Umschalteraumes und die ungesetzliche Anweisung und Benutzung von Reichstelegraphenanlagen Vernehmung einzulegen. Wenn die Besetzung des Umschalteraumes und die Benutzung der Reichstelegraphen für französische militärische Zwecke nicht bis 4 Uhr zurückgezogen wird, stellt das Personal den gesamten Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehr ein.

Einer unverantwortlichen Berichterstattung.

Ist die „Augsburger Postzeitung“ bei Anlaß der Ausdehnung des Bräutertopfes Rehl auf Offenburg und Appenweiler zum Opfer gefallen. In der Dienstaussage des ernsthaften und angesehenen Augsburger Blattes findet sich eine Meldung eines Münchner Berichterstatters, wonach auch Mannheim von den Franzosen besetzt worden sei und man damit rechne, daß in der nächsten Zeit auch Karlsruhe, Bruchsal, Lbrach und Doss besetzt würden.

Die Tätigkeit eines solchen Berichterstatters kann nicht scharf genug gebremst werden. Wer in diesen an sich schon außerordentlich gespannten Zeiten jedem aus der mit besonderer Spannung geladenen Atmosphäre an der Westgrenze des Reiches kommenden Gerücht nachläuft und Meldungen journalistisch weiterverbreitet, ohne deren Zuverlässigkeit auch nur im geringsten nachzuprüfen, der handelt, gelinde gesagt, mehr als unverantwortlich. Daß in diesen Tagen an der Westgrenze des Reiches Gerüchte im Umlauf sind, wie sie die erwähnte Meldung wiedergibt, ist bei der Erregung der Bevölkerung nur zu begreiflich. Umso mehr ist es Pflicht der Presse und einer gewissenhaften Berichterstattung, den aus sie einfließenden Gerüchten nicht bedingungslos Glauben zu schenken, sondern nur nach genauer Prüfung der Zuverlässigkeit Aufnahme zu gewähren; vielmehr muß die Presse mit allem Nachdruck der durch solche Gerüchte entstandenen Verwirrung ihre ruhige Sachlichkeit einer gewissenhaften und objektiven Berichterstattung entgegenstellen. Insofern muß es außerordentlich bedauerlich sein, daß sich ein Blatt von dem Ruf der „Augsburger Postzeitung“ dazu versteht, derartige Meldungen zu verbreiten, zumal sich dieser Münchner Berichterstatter noch in besonders interessanter Weise durch die weitere Meldung charakterisiert, daß aus verschiedenen bayerischen

Arten, z. B. von Garmisch-Partenkirchen, tschechische Staatsangehörige abgereist seien, was auf Mobilisierungsmassnahmen der tschechischen Regierung zurückzuführen sei. Der Schluß liegt nahe, daß dieser geschäftige Reporter schon auf dem Sprung zu sein scheint, seine unverantwortliche Münchener Kolportage mit der eines — Kriegsberichterstatters zu tauschen!

Ein Aufruf an die badische Beamenschaft.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (Landesauschuß Baden), der Deutsche Beamtenbund (Landesstelle Baden) und der Gesamtverband Deutscher Beamtenvereinigungen (Landesverband Baden), haben folgenden Aufruf erlassen: Nach dem rechtswidrigen Einmarsch ins Ruhrgebiet sind die Franzosen nun auch in das unbesetzte badische Land eingedrungen. Die Besetzung, die mit diesem Rechtsbruch verfolgt werden sollen, sind jedem Deutschen klar. Auch das badische Volk hält unverbrüchlich am Deutschen Reich fest und läßt sich davon weder durch Gewalt noch durch Verlockungen abbringen. Der Hauptwiderstand wird auch in Baden von der Beamenschaft ausgehen müssen. Maßgebend für diese sind allein die Anordnungen ihrer vorgesetzten Behörden. Die unterzeichneten Organisationen erwarten von ihren Mitgliedern, daß sie ihre vaterländische Pflicht tun.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Landesauschuß Baden),
Deutscher Beamtenbund (Landesstelle Baden),
Gesamtverband Deutscher Beamtenvereinigungen (Landesverband Baden).

Aus der Landeshauptstadt.

* Landestheater. Das verehrliche Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich auf dem Plakat wie auf dem Theaterzettel Druckfehler eingeschlichen haben, die hiermit berichtigt werden sollen. So wird Verdis „Ameia“ oder ein „Maskenball“ am Freitag, den 9. nicht um 6 Uhr, sondern erst um 7 Uhr, die Vormittagsvorstellung am Sonntag, den 11. ds. nicht um 11 1/2, sondern schon um 11 Uhr beginnen.

Statt besonderer Anzeige.
Am Morgen des 5. Februar entschlief im St. Josefskrankenhaus in Freiburg nach schwerem Leiden unser lieber Vetter

Christian Aberle

Notar in Offenburg
im sechzigsten Lebensjahre. B 226

Freiburg i. Br., 5. Februar 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Emil Aberle,
Frau Amelie Schellenberg Wwe.
Peter Zirkel und Familie.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 7. Februar, nachm. 2 Uhr, in Freiburg statt.

Badisches Landes-theater.
Donnerstag, den 8. Febr. 7—n. 10 Uhr. Sp. I. Abt.
2000 M. Abonn. A 14. Th.-Gem. BVB. Nr. 1—300.

Robert und Bertram.

Bekanntmachung.

Den Bau eines Krankenhauses in Staufen betr.
Im Wettbewerb zur Erlangung eines Planes zu einem Krankenhaus in Staufen sind rechtzeitig 29 Entwürfe eingegangen, über welche das Preisgericht am 27. Januar d. J. entschieden hat. Ein erster Preis und ein dritter Preis kamen nicht zur Verleihung; dagegen haben je einen zweiten Preis erhalten: der Entwurf „So“, Verfasser die Regierungsbaumeister Dr. Wöhle und Wolf in Freiburg i. Br., der Entwurf „Im Nebenland“, Verfasser die Architekten Beigel und Langstein in Karlsruhe, auf Antrag des Preisgerichts wurden angekauft: der Entwurf „Grün“ von Architekt und Professor A. Leuffel in Karlsruhe, der Entwurf „2. 1. B.“ von den Architekten Beigel und Langstein in Karlsruhe, der Entwurf „Sonnig und Windgeschützt“ von Architekt Robert Wüßbach in Freiburg, der Entwurf „Neujahr“ von Regierungsbaumeister Richard Fischer in Sinsheim, der Entwurf „Landstranzenhaus“ von den Architekten Viktor Blümmel und Fritz Feion in Freiburg. Sämtliche eingegangenen Pläne sind vom 5. bis 18. Februar jeweils vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr im Schulhaus (Westflügel) an Staufen öffentlich ausgestellt. (An den Sonntagen nur nachmittags.)
Staufen, den 1. Februar 1923.
Das Bürgermeisteramt:
Sugard.

Starholz-Verkauf.

Aus den Distrikten Schrambergthal, Stäbberg und Herrenbronn der Schifferwaldungen werden unter Zugrundelegung der für die badischen Staatswaldungen geltenden Verkaufsbedingungen dem freihändigen Verkauf auf schriftliches Angebot unter Genehmigungsvorbehalt innerhalb acht Tagen folgende Tannen und Fichtenlanghölzer in 11 Losen ausgelegt: B 222
684 Stämme I. Kl. mit 2573 fm.
534 Stämme II. Kl. mit 1012 fm.
174 Abschnitte I. Kl. mit 362 fm.
17 Abschnitte II. Kl. mit 21 fm.

Gebote sind schriftlich und zwar auf die einzelnen Lose gestellt in Prozenten der vom 1. November d. J. ab geltenden Landesgrundpreise spätestens bis zum 12. d. M., bei dem Bad. Forstamt Forbach II einzureichen, welche letzteres auch nähere Auskunft erteilt und Losauszüge verleiht.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes betr.

Der Bezirksrat Karlsruhe hat in seiner heutigen Sitzung die Hundertsätze zur Berechnung der gesetzlichen Miete für den Landbezirk Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab wie folgt festgesetzt:

- Von der Friedensmiete ist für die Betriebs- und Instandsetzungslosten der Betrag von 10 Prozent der Friedensmiete abzuziehen.
- Zu der Grundmiete treten folgende in Hundertsätzen der Grundmiete ausgedrückten Zuschläge für:
 - a) die Steigerung der Zinsen neuer Belastung des Grundstücks und die Steigerung der Kosten bei der Erneuerung der Belastung 80 Prozent
 - b) die Betriebskosten:
 - in Gemeinden ohne Umlage 1000 Prozent
 - in Gemeinden mit einem Umlagefuß von 1—5 M. 1140 Prozent
 - in Gemeinden mit einem Umlagefuß von 5—10 M. 1240 Prozent
 - in Gemeinden mit einem Umlagefuß von 10—15 M. 1340 Prozent
 - in Gemeinden mit einem Umlagefuß von 15—20 M. 1440 Prozent

Ufw. bei höherer Umlage von je 5 M. je 100 Prozent mehr;

c) die Kosten laufender Instandsetzungsarbeiten 1000 Prozent
d) die Kosten großer Instandsetzungsarbeiten 1000 Prozent

Es ist bisher üblich war, daß die Mieter Instandsetzungsarbeiten auf ihre Kosten ausführen ließen, kann diese Übung nicht weiter beibehalten werden. Die Verpflichtung zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten jeder Art trifft den Hauseigentümer. B 9
Karlsruhe, den 30. Januar 1923. O.-J. 12
Bezirksamt, Abt. II.

Institut u. Privat-Auskunftsstelle
Detektiv „Argus“
„Mannheim“
O. 6. 6.
Planen
Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G. m. b. H.

Metallbetten

Stahlmatt, Rinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Süß (Zür.).

Ruhholzversteigerung

des staatl. Forstamts Freiburg am Mittwoch, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum 76 Roßbuchen, 8 Gaim-

buchen, 5 Eichen, 66 Eichen, 125 Ahorn (81 Stm.), 76 Erlen, 31 Linden, 12 Rotulmen, 2 Kufsb., je 1 Birke und Kirschbaum frischer Fällung mit zusammen 205 Stm.; 41 Eter Ahorn-, Erlen- und Eichen-Scheiter und Hölzer in den kleinen Losen 67 Stm. Nadelholzstämme u. Abschnitte. Auskunft durch das Forstamt und die Förster Albrecht in Wildthal, Schauble in Falkenberg u. Nombach in Eichbach. D. 974

Die Erd-, Mauer- und Straßenarbeiten für die Erweiterung der Freizeitanlagen in Heidelberg sollen vergeben werden. Bedingungen und Zeichnungen liegen in Breiten bei der Bahnhofserei I zur Einsicht auf Stein Versand nach aus-

wärts. Angebote mit entsprechender Aufschrift postfrei an die Bahnbaupinspektion II in Heidelberg bis 20. Februar, vorm. 10 Uhr, einzufenden. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Heidelberg, 20. Jan. 1923
Bahnbaupinspektion II.

Gemeinsamer Binnentarif der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (badische Nebenbahnen).

F. 79.
Mit Gültigkeit vom 15. Februar d. J. ab werden die Tarifkilometer im Verkehr mit Stationen der Nebenbahn Mosbach—Mudau erhöht. Außerdem wurden die Gebühren für die Umladung von Waggons auf 45 M., im übrigen auf 35 M. für je 100 Kilogr. festgesetzt.
Das alsbaldige Inkrafttreten der Tarifserhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahn-Verkehrsordnung. (R.G.-Bl. 1914 S. 455.) B 224
Berlin, 3. Febr. 1923.
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlsruhdorstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSBACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Flüg., Reitbahn

B 169

BADISCHER BAUBUND G. M. B. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Künstlerhaus

Freitag, 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr
Geigen-Abend

Rudolf Polk

Am Flügel:
Waldemar Liachowsky.

Händel Sonate, Mozart Violinkonzert, Korngold Suite „Viel Lärm um nichts“, Kleine Stücke von Schubert, Haydn, Kreutzer, Brahms und Beethoven.
Karten zu 800, 600, 400 u. 200 einschl. Steuer bei B 223

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Bruchsal. O. 928
Güterrechtsregister eintrag Band III Seite 94: Simianer, Josef, Tagelöhner in Hambrüden, und Frieda geborene Weindel. Durch Vertrag vom 24. Januar 1923 ist die Gütertrennung des BGB. vereinbart.
Bruchsal, 30. Jan. 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. O. 924
Güterrechtsregister eintrag Band III Seite 95: Weidemann, August, Wärlenermeister in Ostringen, und Marie geb. Baas. Durch Vertrag vom 24. Januar 1923 ist die Gütertrennung des BGB. vereinbart.
Bruchsal, 30. Jan. 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. O. 910
Güterrechtsregister eintrag Band III Seite 96: Dengel, Georg, Schreinermeister in Bruchsal, und Ja geb. Wopp. Durch Vertrag vom 22. Januar 1923 ist die Errungenschaftsgemeinschaft nach den §§ 1519 ff. des BGB. vereinbart. Das vorhandene und künftige Vermögen der Ehefrau ist als Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 2. Febr. 1923. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. O. 908
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute eingetragen:
1. Seite 47: Hoffold, Thomas, Prokurist, und Maria geb. von Malachowski in Mannheim. Durch Vertrag vom 19. Januar 1923 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihre in der Anlage zum Ehevertrag bezeichnetes Vermögen, ferner ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände, sowie alles, was sie späterhin von Todeswegen, mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht durch Schenkung, als Ausstattung oder auf sonst irgend eine Weise noch erwirbt.
2. Seite 48: Schmitt, Karl, Fabrikant, u. Luise geb. Feinrich in Mannheim. Durch Vertrag vom 30. Januar 1923 ist Gütertrennung vereinbart.
Mannheim, 3. Febr. 1923. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Schnau i. B. O. 931
In das Güterrechtsregister Band I Seite 38 wurde eingetragen: Josef Jakob Strohmaier, Holzhandler, und Anna Wa-

thilde geb. Auch in Uffenfeld. Vertrag vom 18. Januar 1923. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
Schnau i. B., den 25. Januar 1923.
Bad. Amtsgericht.

Wertheim. O. 999
Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 73: Wolpert, Georg Nikolaus, Landwirt in Sachsenhausen, und Frieda geborene Klein, durch Vertrag vom 11. Januar 1923 wurde die Errungenschaftsgemeinschaft des BGB. vereinbart.
Wertheim, 29. Jan. 1923. Amtsgericht.

Wiesloch. O. 950
Güterrechtsregister eintrag Band I Seite 366: Destringer, Ludwig, Schneider in Wiesloch, und Rufina Gantner von Neuenberg. Vertrag vom 12. Januar 1923. Gütertrennung unter Ausschließung der Vermögen u. Rückziehung des Mannes am Vermögen der Frau.
Wiesloch, 31. Jan. 1923. Bad. Amtsgericht.